

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Radverkehr stärken - Gesamtnetz Radverkehr entwickeln

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Radtourismus wird immer beliebter und das Rad ist das ideale Verkehrsmittel für den Kurzstreckenbereich des Alltags- und Nahpendlerverkehrs. Radverkehr erlebt bundesweit einen Aufschwung. Auch mit der zunehmenden Verbreitung von Pedelecs nutzen immer mehr Menschen das Rad und die Fahrstrecken werden deutlich länger. Die positive Entwicklung des Radverkehrs auch im Alltagsverkehr spiegelt sich bisher unzureichend in der Infrastrukturentwicklung und -finanzierung sowie der Wichtung im Umweltverbund Bahn, Bus, Rad wieder. Das Land hat beim Radtourismus gemäß Radreiseanalyse 2017 gegenüber dem Vorjahr nicht aufholen können.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen mit dem Ziel, die Attraktivität des Radverkehrs nachhaltig zu steigern und das Nutzen von Fahrrädern als Alternative zu anderen Verkehrsmitteln und Ergänzung zum Öffentlichen Personennahverkehr zu fördern. Insbesondere sind

1. mit dem Entwurf für den Doppelhaushalt 2018/2019 und die mittelfristige Finanzplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die vorhandene Radverkehrsinfrastruktur zu einem flächendeckend durchgängigen, bedarfsgerechten, abgestimmten und sicheren Gesamtnetz Radverkehr weiterentwickeln zu können. Grundvoraussetzung für das dem Alltagsverkehr und dem touristischen Radverkehr dienende Radverkehrsnetz ist eine umfassende Bestands- und Zustandserfassung der vorhandenen Radverkehrsinfrastruktur sowie eine Verknüpfung mit dem Öffentlichen Personenverkehr und damit verbundener Infrastrukturen.
2. Landkreise, Städte und Gemeinden zu unterstützen, über die von den Ämtern für Raumordnung und Landesplanung festgelegten Radverkehrsnetze hinaus kommunale Radwegekonzepte zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, diese in das Gesamtnetz Radverkehr zu integrieren und einheitlich umzusetzen.

3. Aktivitäten einzuleiten, um sich gemeinsam mit anderen Bundesländern und auf Bundesebene für den Aufbau und Ausbau eines bundesweiten Radwegenetzes und eine Reform der Straßenverkehrsordnung einzusetzen für mehr Sicherheit und Gleichberechtigung des Radverkehrs. Dazu gehört auch die Einführung eines Fahrradschutzstreifens außerorts.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die kürzlich bei der Internationalen Tourismusbörse vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub vorgestellte Radreiseanalyse 2017 belegt, dass Mecklenburg-Vorpommern erneut auf dem siebenten Platz der beliebtesten Radreiseregionen liegt. Der Ostseeküsten-Radweg musste seine Spitzenposition als für Radreisen favorisierter Weg abgeben, wobei sechs Prozent der Befragten angeben, diesen Weg in diesem Jahr nutzen zu wollen.

Immer mehr Menschen nutzen das Rad als Alternative zum Auto, wegen des unzureichenden ÖPNV und auch ergänzend zu Bus und Bahn. Die Bündelung der Zuständigkeit für den Radverkehr im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung ist erfolgt, sodass nun die Umsetzung der weiteren in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Maßnahmen forciert werden kann und muss. Dabei geht es auch um ein abgestimmtes, gemeinsames und einheitliches Herangehen aller Akteure auf Landes-, Regional- und Kommunalebene zur Stärkung des Radverkehrs, das auch Wegweisungen und Beschilderungen beinhaltet. So bedarf es etwa für die Fortsetzung des Lückenschlussprogramms auch nach 2018 und weiterer, unter anderem mit dem integrierten Landesverkehrsplan, angestrebter Maßnahmen der Bereitstellung finanzieller Mittel, die im Entwurf zum kommenden Doppelhaushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung Eingang finden sollen.

Auch auf Bundesebene sind die Voraussetzungen zu schaffen, den Radverkehr zu stärken. Dafür wäre eine deutliche Erhöhung der für Fahrradinfrastruktur aufzuwendenden Bundesmittel notwendig. Ebenso sind die rechtlichen Grundlagen so auszugestalten, dass sie den Sicherheits- und Tauglichkeitsanforderungen für den Radverkehr besser entsprechen.